

I.H.71

20./21. Jahrhundert

Die DDR von 1949 bis 1969 – Gesellschaft und Krisen

Dr. Julia Kulbarsch-Wilke



© RAABE 2025

©: akg images / 75230

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges entwickelten sich die beiden deutschen Staaten in unterschiedliche Richtungen. Während Westdeutschland ein regelrechtes „Wirtschaftswunder“ erreichte, blieb die DDR hinter den gesteckten Zielen zurück. Staatliche Repressalien in zahlreichen Lebensbereichen und Unterdrückung der freien Meinungsäußerung sorgten u. a. für eine massive Fluchtwelle, die den Mauerbau bedingte. Im vorliegenden Beitrag werden nun die ersten 20 Jahre der DDR-Geschichte behandelt.

KOMPETENZPROFIL

Klassensstufe: 10

Dauer: 6 Unterrichtsstunden

Kompetenzen: Plakatanalyse, Steckbrief zu Ulbricht erstellen, Quelltext (erste Verfassung) analysieren, Sozial- und Wirtschaftspolitik in der DDR charakterisieren, Krisen und Konflikte der DDR untersuchen (Placemats)

Thematische Bereiche: Wahlsystem DDR, Walter Ulbricht, Gesellschaft und Innenpolitik bis 1969, Volksaufstand, Mauerbau, Beat-Demo, Reaktionen auf Prager Frühling

Medien: Texte, Videoclip-Plakate

Auf einen Blick

1. Stunde

Thema:	Gründung der DDR
M 1	Gründung der DDR 1949 – Sorgen und Hoffnungen
M 2	Gründung der DDR – Die erste Verfassung (1949)
Inhalt:	Die Lernenden formulieren mögliche Sorgen und Hoffnungen der Menschen in Ostdeutschland und lernen die erste Verfassung kennen.
Benötigt:	internetfähige PCs oder Tablets zum Schauen des Videoclips

2. Stunde

Thema:	Wahlen, Repressionen und Diktator Ulbricht
M 3	Erste Volkskammerwahl 1950 – Plakate beschreiben
M 4	Wahlmodus und Überwachungsstaat
M 5	Wer war Walter Ulbricht? Ein Steckbrief
Inhalt:	Analyse von Plakaten zur Volkskammerwahl, Analyse des Wahlsystems und Vergleich zur Vorbereitung zur Erstellung eines Steckbriefes.
Benötigt:	internetfähige PCs oder Tablets zur Steckbrief-Recherche

3. / 4. Stunde

Thema:	Wichtige innen- und gesellschaftspolitische Entwicklungen bis 1969
M 6	Placemat-Vorlage
M 7	Entwicklungen (I) – Wirtschaftspolitik bis 1969
M 8	Entwicklungen (II) – Sozialpolitik in der DDR bis 1969
M 9	Entwicklungen (III) – Gesellschaftspolitische Entwicklungen bis 1969
	Entwicklungen (IV) – Umgang mit der BRD
Inhalt:	Erstellen einer Placemat zu innenpolitischen Entwicklungen der DDR.
Benötigt:	groß kopierte Placemat-Vorlage oder digitale Tools zur Placemat-Erstellung

5. / 6. Stunde

Thema:	Krisen und Konflikte bis 1969
M 11	Krisen und Konflikte (I) – Volksaufstand vom 17. Juni 1953
M 12	Krisen und Konflikte (II) – Massenflucht und Mauerbau
M 13	Krisen und Konflikte (III) – Leipziger Beat-Demo 1965
M 14	Krisen und Konflikte (IV) – Prager Frühling und die DDR
Inhalt:	Erstellen einer Placemat zu Krisen und Konflikten in der DDR.

VORANSICHT

Gründung der DDR – Die erste Verfassung (1949)

M 2

Aufgaben

1. Lest den Auszug aus der ersten Verfassung der DDR (Stand 1949).
2. Arbeitet zu zweit. Fasst zusammen, was in der Verfassung über folgende Themen steht:
 - allgemeine Grundlagen und Rechte der Bürgerinnen und Bürger (Art. 1–9)
 - Wirtschaft und Enteignungen (Art. 21–27)
 - Wahlen und Regierung (Art. 50–98)
3. Bewertet die hier aufgeführten Artikel aus der Verfassung.

Auszug aus der ersten Verfassung der DDR (1949)

„**Art. 1.** Deutschland ist eine unteilbare demokratische Republik; sie baut sich auf den deutschen Ländern auf. [...] Es gibt nur eine deutsche Staatsangehörigkeit.

Art. 3. Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus.

Jeder Bürger hat das Recht und die Pflicht zur Mitgestaltung in seiner Gemeinde, in einem Kreis, seinem Lande und in der Deutschen Demokratischen Republik.

Art. 6. Alle Bürger sind vor dem Gesetz gleichberechtigt. [...]

Art. 7. Mann und Frau sind gleichberechtigt. [...]

Art. 9. Alle Bürger haben das Recht [...] ihre Meinung frei und öffentlich zu äußern und sich zu diesem Zweck friedlich und unbewaffnet zu versammeln. Diese Freiheit wird durch kein Dienst- oder Arbeitsverhältnis beschränkt [...]. Eine Pressezensur findet nicht statt. [...]

Art. 21. Zur Sicherung der Lebensgrundlagen und zur Steigerung des Wohlstandes seiner Bürger stellt der Staat [...] den öffentlichen Wirtschaftsplan auf.

Art. 24. [...] Der private Großgrundbesitz, der mehr als 100 ha umfasst, ist aufgelöst und wird ohne Entschädigung aufgeteilt. [...]

Art. 27. Private wirtschaftliche Unternehmungen, die für die Vergesellschaftung geeignet sind, können nach dem Gesetz nach den für die Enteignung geltenden Bestimmungen in Gemeineigentum überführt werden.

Art. 50. Höchstes Organ der Republik ist die Volkskammer.

Art. 51. Die Volkskammer besteht aus den Abgeordneten des deutschen Volkes. Die Abgeordneten werden in allgemeiner, gleicher, unmittelbarer und geheimer Wahl nach den Grundsätzen des Verhältniswahlrechtes auf die Dauer von vier Jahren gewählt.

Art. 91. Die Regierung der Republik besteht aus dem Ministerpräsidenten und den Ministern.

Art. 92. Die stärkste Fraktion der Volkskammer benennt den Ministerpräsidenten; er bildet die Regierung. [...] Die Volkskammer bestätigt die Regierung und billigt das von ihr vorgelegte Programm. [...]

Art. 98. Der Ministerpräsident bestimmt die Richtlinien der Regierungspolitik nach Maßgabe der von der Volkskammer aufgestellten Grundsätze.“

Quelle: <https://www.verfassungen.de/ddr/verf49.htm>

Hinweis

Insgesamt gab es in der DDR drei Verfassungen. Die erste ist aus dem Jahr 1949, die zweite wurde 1968 entworfen und die dritte stammt aus dem Jahr 1974. Die Verfassung von 1968 änderte die erste Verfassung grundsätzlich. Darunter auch den ersten Artikel. Erstmals wurde hier davon gesprochen, dass die DDR ein „sozialistischer Staat“ sei. Die DDR wird demnach von der Arbeiterklasse und der vorherrschenden Partei (SED) geführt.

Die ganze Verfassung von 1968 findet man hier:
<https://www.verfassungen.de/ddr/verf68-i.htm>

M 4

Wahlmodus und Überwachungsstaat

Aufgaben

1. Lies den Text. Erkläre, warum die Wahlen auch oft als „Falten gehen“ beschrieben wurden.
2. Erkläre, ob und inwieweit sich Artikel 9 der Verfassung und die Aufgabe des MfS widersprechen.
3. Vergleiche den Ablauf der Wahlen sowie den Stimmzettel mit Artikel 51 der DDR-Verfassung von 1949. Beurteile, ob es sich wirklich um „geheime Wahlen“ handelte.

1. Wahlen in der DDR

Die ersten Wahlen zur Volkskammer in der DDR fanden am 15. Oktober 1950 statt. Die Wahl wurde von der Nationalen Front bestimmt. Die Nationale Front war eine Organisation, in der sich alle Parteien der DDR und wichtige Organisationen bündelten. Die wichtigste und größte Partei in der Nationalen Front war die SED: die „Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands“. Andere Parteien gab es ebenfalls. Sie wurden auch Blockparteien genannt. Allerdings hatten sie so gut wie keine Macht und richteten sich in der Regel nach den Forderungen der SED. Zur Wahl stand in der DDR eine Liste mit Namen von Personen, die von der Nationalen Front herausgegeben wurde. Die Menschen konnten diese Liste nun ablehnen oder ihr zustimmen. Die Liste galt als angenommen, wenn man den Wahlzettel unterschrieb und in die Wahlurne warf. Wer die Liste ablehnen wollte, musste entweder die Namen einzeln durchstreichen oder ein großes Kreuz quer über den Wahlzettel machen. Auch Wahlkabinen standen zur Verfügung. Wer diese nutzte, hatte aber zu befürchten, dadurch als wichtige Person betrachtet zu werden. Daher falteten die Wählenden ihre Zettel in der Regel öffentlich und warfen sie in die Urne. Eine Wahlpflicht gab es zwar nicht, aber bei jeder Wahl kam, musste damit rechnen, dass „Wahlhelfer“, oft von der Stasi, zu Hause klingelten und die Stimme nachforderten. Die Wahlbeteiligung lag in der Regel bei 98%. Die Zustimmung zur Liste lag stets bei über 99%.

2. Wichtige Politiker bis 1969

Erster (und einziger) Staatspräsident war Wilhelm Pieck (1950–1960). Der erste Ministerpräsident war Otto Grotewohl (bis 1964). Ihm folgte Wilhelm Stoph (bis 1973). Der wichtigste Politiker der DDR war jedoch bis zu seiner Absetzung 1971 Walter Ulbricht. Ulbricht war seit Juli 1950 Vorsitzender der SED (Generalsekretär des Zentralkomitees der SED). Der Partei, die über alle Vorgänge im Staat alleine entschied. Damit war Ulbricht bis zu seinem erzwungenen Rücktritt 1971 der mächtigste Mann im Staat, denn die Partei handelte nach seinen Vorgaben.

Ministerium für Staatssicherheit (MfS oder auch Stasi)

Das Ministerium für Staatssicherheit gründete sich im Februar 1950. Es verstand sich als der verlängerte Arm der SED, wenn es darum ging, die Interessen der Partei durchzusetzen. Es diente gleichzeitig als Geheimdienst und Geheimpolizei. In der Stasi waren 1956 ca. 16.000 hauptamtliche Mitarbeitende beschäftigt, die die Vorgänge im Staat überwachten. Wer sich zu laut und öffentlich gegen das Regime äußerte, musste mit harten Strafen rechnen. Neben den hauptamtlichen Beschäftigten gab es auch zahlreiche inoffizielle Mitarbeiter (IM). Dies waren oft Privatpersonen, die ihr nahes Umfeld bespitzelten und der Stasi verdächtige oder angeblich staatsfeindliche Äußerungen meldeten.

Wahlmodus und Überwachungsstaat (Stimmzettel)

Den Stimmzettel findest du hier: <https://raabe.click/Stimmzettel-DDR>

M 6

Placemat-Vorlage

Aufgaben

1. Trage deine Ergebnisse aus der Einzelarbeit in eines der vier äußeren Felder ein.
2. Tragt die Ergebnisse aus der Gruppenarbeitsphase in das mittlere Feld ein.
3. Präsentiert eure Placemat.

Thema: _____

Thema: _____

Thema: _____

Thema: _____

Unser Ergebnis: _____

Thema: _____

Krisen und Konflikte (I) – Volksaufstand vom 17. Juni 1953

M 11

Aufgaben

1. Lies den Text und fasse die Ereignisse des Volksaufstandes in der DDR zusammen.
2. Trage deine Ergebnisse auf deinem Teil der Placemat ein.
3. Sammelt in der Mitte der Placemat, wie in der DDR mit Krisen und Konflikten umgegangen wurde, und vergleiche den Umgang mit Protesten heute in Deutschland.

Hintergrund

Im Juli 1952 verkündete die SED den „Planmäßigen Aufbau des Sozialismus“. Damit einhergehend unter anderem die Förderung der Schwerindustrie zu Lasten der Konsumgüterproduktion. Die generell angespannte Versorgungslage der Bevölkerung entwickelte sich zum Schlechteren. Um diesen Mangel auszugleichen, beschloss die Partei im Mai 1953 die Erhöhung der Arbeitszeit um 10 % bei gleichbleibendem Lohn. Erster Unmut wurde laut. In der Sowjetunion erkannte man die schlechte Lage der DDR-Bevölkerung. Aus Moskau kam daher die Anweisung zu einem politischen Umdenken in der DDR – ein „Neuer Kurs“ sollte eingeschlagen werden. Diesen verkündete Ulbricht am 11. Juni 1953. Zahlreiche Unterdrückungsmaßnahmen wurden zurückgenommen. Die Erhöhung der Arbeitsnormen blieb jedoch sehr zum Ärger der Arbeiterschaft bestehen.

Verlauf

Am 15. und 16. Juni kam es auf Berliner Großbaustellen zu ersten Protesten gegen die Regierung. Besonders die Arbeiterinnen und Arbeiter fühlten sich vom Regime betrogen. Relativ schnell breiteten sich die Arbeiterniederlegungen auf die ganze DDR aus. Am 17. Juni 1953 gingen immer mehr Menschen auf die Straße und in großen Betrieben wurde gestreikt. Längst ging es nicht mehr um die (mittlerweile zurückgenommenen)



©: akgimages / 75230

Arbeitsnormen, sondern auch um eine gerechtere Zuteilung von Lebensmitteln oder freie Wahlen. Vermutlich fanden sich die 100.000 Demonstrierende in Berlin zusammen, in der gesamten DDR waren es bis zu 1 Millionen gewesen sein. Die SED verlor die Kontrolle über die Ereignisse und bat Moskau um Hilfe. Mit sowjetischen Panzern wurde der Aufstand am Abend des 17. Juni schließlich blutig niedergeschlagen.

Folgen

Der Aufstand erforderte bis zu 125 Todesopfer, die Angaben schwanken. Etwa 15.000 Personen wurden von der Stasi verhaftet, über 1.500 Menschen verurteilt. Die Lage der Bevölkerung verbesserte sich anschließend leicht: So stiegen die Löhne, die Lebensmittelindustrie wurde gefördert und Waren vergünstigt angeboten. Die SED-Propaganda machte westdeutsche „Provokateure“ für die Ereignisse verantwortlich – eine klare Lüge. Die BRD jubelte den Freiheitswillen der DDR-Bevölkerung und widmete dem Aufstand einen Feiertag, der bis 1990 Bestand hatte.

Mehr Materialien für Ihren Unterricht mit RAAbits Online

Unterricht abwechslungsreicher, aktueller sowie nach Lehrplan gestalten – und dabei Zeit sparen.
Fertig ausgearbeitet für über 20 verschiedene Fächer, von der Grundschule bis zum Abitur: Mit RAAbits Online stehen redaktionell geprüfte, hochwertige Materialien zur Verfügung, die sofort einsetz- und editierbar sind.

- ✓ Zugriff auf bis zu **400 Unterrichtseinheiten** pro Fach
- ✓ Didaktisch-methodisch und **fachlich geprüfte Unterrichtseinheiten**
- ✓ Materialien als **PDF oder Word** herunterladen und individuell anpassen
- ✓ Interaktive und multimediale Lerneinheiten
- ✓ Fortlaufend **neues Material** zu aktuellen Themen



Testen Sie RAAbits Online
14 Tage lang kostenlos!

www.raabits.de

